

16.02.2017

Unter dem maltesischen Vorsitz wurden die ersten Gesetzgebungsakte unterzeichnet

Dr. Borg sagte, dass der rechtliche Rahmen gestärkt werden müsse, um den stetig zunehmenden terroristischen Bedrohungen begegnen zu können.

Auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg unterzeichnete Ian Borg zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani die ersten Gesetzgebungsakte unter dem maltesischen Vorsitz.

Die Akte betreffen die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmenwerks für den Marktzugang zu Hafendiensten und die finanzielle Transparenz in Häfen; das Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo andererseits; gemeinsame Regelungen für die Einfuhr von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen eine spezifische gemeinschaftliche Einfuhrregelung fallen; sowie die Änderung der Listen von Insolvenzverfahren und Insolvenzverwaltern.

Der Parlamentarische Sekretär Ian Borg eröffnete auch die Debatte zu Erklärungen des Rates und der Kommission in Bezug auf den Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten und das Ersetzen von Instrumenten vor Lissabon. Er gab an, dass die Intensivierung des Informationsaustauschs eine der vom Rat verabschiedeten Maßnahmen als Reaktion auf die jüngsten Terrorangriffe gewesen sei – eine Entwicklung, die neu war für alle Bürger der EU und für die konkrete Maßnahmen erwartet wurden. Dr. Borg betonte das Engagement in dieser Hinsicht und sagte, dass der Bedarf für die Zusammenarbeit mit dem Parlament zur weiteren Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten und EU-Agenturen spürbar gewesen sei. Die Verstärkung der Zusammenarbeit von bestehenden und zukünftigen EU-Informationssystemen sei zusammen mit der Umsetzung des Strategieplans vom vergangenen Juni zum Austausch und zum Management von Informationen der richtige Weg zur Bewältigung dieser Herausforderung, argumentierte Dr. Borg.

Im Zusammenhang mit dieser Debatte sprach der Parlamentarische Sekretär Ian Borg auch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz über die Richtlinie zum Kampf gegen den Terrorismus. Dr. Borg sagte, dass der rechtliche Rahmen gestärkt werden müsse, um den stetig

16.02.2017

terroristischen Bedrohungen begegnen zu können. Vereinbart wurde die Stärkung der Rechte für die Opfer von Terrorismus. Weiterhin sollen die unmittelbar nach einem Angriff eintretenden Reaktionsmechanismen unterstützt werden. „Ergänzt werden soll dies durch die Integration von effektiven Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung, nämlich durch den effektiven Austausch von Informationen“, so Dr. Borg.

Auf der Pressekonferenz vertreten waren auch der EU-Kommissar für die Sicherheitsunion Sir Julian King sowie Berichterstatterin und EU-Abgeordnete Monika Hohlmeir.



16.02.2017



<https://www.flickr.com/photos/eu2017mt/32115516103/in/album-72157675458927640/>
<https://www.flickr.com/photos/eu2017mt/32087126324/in/album-72157675458927640/>